

Antrag-Nr. 1

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landes- und Bundesregierung auf angesichts der steigenden Zahlen von Impfgegnern Maßnahmen zur Aufklärung von Impfmythen einzuleiten.



Antrag-Nr. 5

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die rot-grüne Landesregierung auf die Investitionsquote des Landes zu erhöhen. Insbesondere soll wieder vermehrt Geld in die Landesstraßen investiert werden.

Antrag-Nr. 7

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landesregierung auf, sich der vierten industriellen Revolution positiv gegenüber zu stellen und diese mit zu fördern sowie die Unternehmen dahingehend zu unterstützen, dass der Strukturwandel gelingt.

Antrag-Nr. 10

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland fordert die Entscheidungsträger auf allen politischen Ebenen dazu auf, im Kontext des zweifelsohne dringend erforderlichen Breitbandausbaus und der Digitalisierung den dringend benötigten Ausbau des Mobilfunknetzes nicht zu vergessen und auch hier kurzfristig Verbesserung anzustreben.

Antrag-Nr. 11

In das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ist eine Schuldenbremse für Kommunen aufzunehmen.

Antrag-Nr. 12

Die Junge Union im Bezirk Osnabrück-Emsland fordert eine Vereinheitlichung der Anforderungen von Taschenrechnern im Abitur und im Studium. Es sollten gleiche Standards bei den Funktionsmöglichkeiten der Geräte herrschen.

Antrag-Nr. 13

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert das Land Niedersachsen, insbesondere die Landesregierung, auf sich schnellstmöglich der Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Hesepe im Landkreis Osnabrück, sowie allen anderen niedersächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen, anzunehmen. Es muss eine menschenwürdige Unterbringung für die dort lebenden Menschen geschaffen werden und eine Lösung für die weitere Organisation und Struktur der Erstaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen gefunden werden. Insbesondere auch auf die Nöte und Sorgen der Anwohner ist ein Augenmerk zu legen.

Antrag-Nr. 16

Die Junge Union fordert die rot-grüne niedersächsische Landesregierung und insbesondere den niedersächsischen Innenminister auf, im Interesse der tatsächlichen Kriegsflüchtlinge und der Aufrechterhaltung geordneter Abläufe in den Erstaufnahmeeinrichtungen, konsequent und ohne größere zeitliche Verzögerung die Abschiebung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive zu vollziehen.

Antrag-Nr. 18

Die Junge Union Osnabrück-Emsland setzt sich dafür ein, dass Behörden ausschließlich an ausgewiesenen Unfallschwerpunkten und vor Schulen und Kindergärten/ Kindertagesstätten Geschwindigkeitsmessungen durchführen dürfen.

Antrag-Nr. 19

Wir fordern die rot-grüne Landesregierung auf, von der Schließung von Förderschulen (Themenschwerpunkt Lernen) abzusehen und den Eltern und Schülern die Wahlfreiheit zu erhalten.

Antrag-Nr. 20

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert eine Stärkung der Grundschulen vor Ort. Weiterhin fordern wir die Landesregierung dazu auf, die Rahmenbedingungen der Grundschularbeit an die heutigen Rahmenbedingungen anzupassen.

Antrag-Nr. 21

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland spricht sich für die Beibehaltung des Königsteiner Schlüssels, zur Verteilung der Asylbewerber auf die einzelnen Bundesländer, aus.

Antrag-Nr. 22

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die genaue Kartierung und Renaturierung aller Ackerländer in Niedersachsen.

Antrag-Nr. 23

Die Junge Union fordert die Landesregierung auf, Gymnasien in Niedersachsen zu sichern und dauerhaft zu erhalten.

Antrag-Nr. 24

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Einführung eines verbindlichen Wandertages für die Klassenstufen 5 und 6.

Antrag-Nr. 25

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die verpflichtende Aufnahme von „Erste-Hilfe-Kursen“ in den niedersächsischen Lehrplan ab Klasse 7.

Antrag-Nr. 26

Die Junge Union im Bezirksverband Osnabrück-Emsland fordert eine Erhöhung der Polizeistellen, sowie vermehrte Bereitschaftsdienste und eine verstärkte Polizeipräsenz, vor allem im ländlichen Raum.

Antrag-Nr. 27

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, vom Mittel der Zwangsenteignung von leerstehenden bzw. nicht genutzten Gewerbe und Wohnimmobilien bzw. –einheiten abzusehen.

Antrag-Nr. 28

Die Junge Union fordert die Orts-, Samtgemeinde- und Stadträte, sowie Kreistage auf, dringend auf eine Verjüngung der Parlamente hinzuwirken. Hierzu ist es aus unserer Sicht erforderlich Maßnahmen zu treffen, die es jungen Menschen ermöglicht, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Hierbei sollten u.a. die Sitzungszeiten in den Feierabend verlegt werden und junge Leute bei ihrer Kandidatur unterstützt werden. Auch sollte die Außendarstellung der Gremien optimiert werden, so ist es denkbar parteiübergreifende Mentoringprogramme zu initiieren („Junge Leute in die Politik“) und verstärkt Öffentlichkeitsarbeit auch über Social Media zu betreiben.

Antrag-Nr. 29

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landes-CDU auf sich für die Beibehaltung der Beschwerdestelle im Innenministerium auszusprechen und der Forderung der Abschaffung abzusehen.

Antrag-Nr. 31

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert angesichts der vieler Orts schlechten Straßen und maroden Brücken, die Bußgelder von Verkehrssündern unmittelbar in Maßnahmen zur Modernisierung von Straßen und Brücken fließen zu lassen.

Antrag-Nr. 32

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Störerhaftung für WLAN-Router zu ändern. Die bisherige Gesetzlage behindert freies WLAN für freie Bürger.

Antrag-Nr. 33

Die Junge Union Osnabrück-Emsland erteilt Forderungen und Überlegungen zu einer kurz- und mittelfristigen Mitgliedschaft der Türkei in der EU angesichts der aktuellen politischen Lage in der Türkei eine klare Absage. Angesichts der großen gemeinsamen Aufgabe zur Bewältigung der Flüchtlingssituation halten wir jedoch einen intensiven Austausch zwischen der EU und der Türkei für unumgänglich, um gemeinsam eine geordnete Registrierung, Versorgung und Verteilung der Kriegsflüchtlinge zu erreichen und die mancherorts angespannte Situation zu entschärfen. Auch ist dies erforderlich um Flüchtlinge einen Weg aufzuzeigen, der sie davon abhält eine gefährliche Route über das Mittelmeer zu wählen. Dabei darf die Türkei jedoch nicht zu einem unkontrollierbaren Zugang für die Flüchtlinge in die EU werden. Vielmehr müssen an der türkisch-europäischen Grenze Aufnahmelager errichtet werden, in denen eine Registrierung erfolgt und von denen aus eine kontrollierte Verteilung erfolgen kann. Hier muss Europa weiter finanzielle Mittel zur Verfügung stellen um die Türkei bei dieser gemeinsamen Aufgabe zu unterstützen. Jedoch muss auch die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei besser bewacht werden um illegale Einwanderung zu verhindern und zu einem geordneten Verfahren zurückzukehren. Gleichwohl lehnen wir die jüngst diskutierten Pläne der EU, zur Visafreiheit für Türken in Deutschland und Europa als Zugeständnis für die Türkische Unterstützung strikt ab.

Antrag-Nr.34

Die Junge Union Osnabrück-Emsland begrüßt die Willkommenskultur in Deutschland und fordert die Integration der neuen Bürger Deutschlands.

Antrag-Nr. 35

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert im Rahmen der Manipulationsvorwürfe bezüglich der Abgasnormen von PKWs eine umfassende Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen. Auf der anderen Seite fordern wir jedoch auch, bei der Berichterstattung und Aufarbeitung des Skandals sachlich vorzugehen und keine Vorverurteilung vorzunehmen. Auch sollte die deutsche Automobilindustrie und die Zuliefererunternehmen als Ganzes nicht in Frage gestellt werden. Die Junge Union bekennt sich daher zum Automobil- und Innovationsstandort Deutschland, der zum einen einen wesentlichen Beitrag zur guten wirtschaftlichen Lage unseres Landes beigetragen hat und zum anderen auch für viele Menschen in unserem Land Arbeitsplätze bietet.

Antrag-Nr. 36

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die niedersächsische Landesregierung auf, die Ämter für regionale Landesentwicklung (Arl), die als Nachfolgeeinheit der ehemaligen Bezirksregierungen erstellt wurden, wieder abzuschaffen.